Von Jan Kapusnak [i]

Israels nächste Parlamentswahl ist für den 27. Oktober 2026 angesetzt – und wenn sie planmäßig stattfindet, wird die Knesset zum ersten Mal seit 1992-96 eine volle vierjährige Amtszeit absolvieren, nach Jahrzehnten der vorzeitigen Auflösungen und einer politischen Krise mit fünf Wahlen in weniger als vier Jahren. Aber diese Beständigkeit bedeutet nicht Stabilität, sondern Benjamin „Bibi“ Netanjahus politisches Überleben. Der Verbleib im Amt hilft ihm, Korruptionsvorwürfe zu bekämpfen und eine vollständige Abrechnung für den 7. Oktober 2023, Israels schwerwiegendste Sicherheitslücke, aufzuschieben, während er eine korrupte Koalition aufrechterhält, die durch weitreichende Zugeständnisse an rechtsextreme und ultraorthodoxe Partner zusammengehalten wird, obwohl das Land einen existenziellen Krieg führt.

Die öffentliche Stimmung zeigt in die andere Richtung: Umfragen zeigen, dass die meisten Israelis vorgezogene Neuwahlen bevorzugt hätten, was den Oktober 2026 zu einem verspäteten Urteil über die Kriegsführung macht. Es wird wieder „Bibi gegen Anti-Bibi“ sein, aber auch ein Referendum über Israels Demokratie – ob Netanjahus Block die institutionellen Kontrollen weiter schwächt und ob der Staat eine ernsthafte unabhängige Untersuchung der Fehler vom 7. Oktober zulässt.

Im Zentrum des Pro-Bibi-Lagers steht Netanjahus Likud, eine rechtsgerichtete nationalistisch-konservative Partei. Selbst nach Jahren einer gescheiterten Gaza-Politik, die auf der Annahme beruhte, dass die Hamas durch Abschreckung und Geld aus Katar „verwaltet“ werden könne, und die in dem Massaker vom 7. Oktober gipfelte, stellt Netanjahu den Likud und sich selbst immer noch als Israels einzigen glaubwürdigen Sicherheitsgaranten dar und reklamiert gleichzeitig das Verdienst für sich, den Iran und seine regionale Achse, einschließlich der Hamas in Gaza, geschwächt zu haben. Wirtschaftlich bevorzugt der Likud den freien Markt mit gezielter sozialer Unterstützung. Institutionell hat sich der Likud radikal von einer liberalen Tradition der Verteidigung der Unabhängigkeit der Justiz zu einer populistischen, führerzentrierten Haltung gewandelt – er greift die „Eliten“ in den Medien, dem Militär und den Sicherheitsdiensten sowie den Gerichten an und beschwört einen feindlichen „tiefen Staat“.

Trotz persönlicher Rivalitäten bleiben die wichtigsten Verbündeten Netanjahus zwei rechtsextreme Parteien: Religiöser Zionismus (Bezalel Smotrich) und Otzma Yehudit (Itamar Ben-Gvir). Beide setzen sich für die Ausweitung der Siedlungen, die israelische Souveränität im Westjordanland und im Gazastreifen, schwächere

gerichtliche Auflagen, eine stärkere politische Kontrolle über die Polizei und eine härtere Gangart gegenüber Arabern und allem, was sie als „links“ bezeichnen, ein.

Der Block wird von den ultraorthodoxen Parteien Shas (Aryeh Deri) und United Torah Judaism (Yitzhak Goldknopf, Moshe Gafni) vervollständigt, die sich darauf konzentrieren, den religiös-staatlichen „Status quo“ zu bewahren (legale rabbinische Kontrolle über Heirat/Scheidung, Konversion und jüdischen Status), den Haushalt zu sichern und die Befreiung vom Wehrdienst beizubehalten.

Der Anti-Netanjahu-Block ist breit gefächert, aber chronisch zersplittert und reicht von der säkularen Rechten bis zur liberalen Mitte-Links. Das frühere Aushängeschild, Benny Gantz‘ Blau-Weiß, stützte sich auf seine Referenzen als ehemaliger IDF-Stabschef und das Versprechen einer verantwortungsvollen Regierungsführung, aber seine Entscheidung, sich 2020 und erneut nach dem 7. Oktober Netanjahu anzuschließen, verwischte die Grenze zwischen Opposition und Koalition und untergrub seine Glaubwürdigkeit als Alternative. Die Partei wurde weiter geschwächt, als hochrangige Persönlichkeiten, darunter der ehemalige IDF-Chef Gadi Eisenkot, die Partei verließen. Eisenkot gründete daraufhin Yashar, eine zentristische „Reparatur- und Heilungsliste“, die das Vertrauen der Öffentlichkeit wiederherstellen und eine Regierungsalternative bieten soll.

Die säkulare Mitte des Blocks ist die Yesh Atid von Yair Lapid, die sich für bürgerliche Gleichheit, die Begrenzung religiöser Zwänge, die Verteidigung einer freien Presse und den Schutz demokratischer Kontrollen einsetzt. Lapid ist auch Netanjahus konsequentester parlamentarischer Gegenspieler und positioniert sich als die klarste institutionelle Alternative zum Regierungslager. Zu Lapids Rechten sitzt Avigdor Liebermans Yisrael Beiteinu, die in Sicherheitsfragen eine aggressive Haltung einnimmt, sich aber innenpolitisch durch ihren Kampf gegen ultraorthodoxe Ausnahmeregelungen und die Macht der Rabbiner definiert und auf einer „gleichen Belastung“ besteht – vor allem durch die allgemeine Wehrpflicht und die Beteiligung am Arbeitsmarkt. Auf der Linken sehen die Demokraten von Yair Golan die Wahl als einen letzten Kampf für liberale Demokratie und Minderheitenrechte

Über der gesamten Landkarte der Opposition schwebt die Rückkehr von Naftali Bennett. Bennett, der lange Zeit mit der rechten Pro-Netanjahu-Partei identifiziert wurde, brach 2021 mit der Koalition des „Wandels“ und wurde Ministerpräsident, obwohl er nur eine kleine Fraktion in der Knesset befehligte, mit Yair Lapid als stellvertretendem Ministerpräsidenten im Rahmen ihrer Rotationsvereinbarung. Diese Regierung schrieb auch Geschichte, indem sie sich auf Ra’am, eine arabisch-

islamistische Partei, als Koalitionspartner verließ – ein beispielloser Schritt in der israelischen Politik. Das Experiment scheiterte schließlich im Jahr 2022. Bennetts Comeback verändert nun die Oppositionslandschaft, indem er den Wählern, die von Netanjahu erschöpft, aber von der alten Anti-Netanjahu-Führung nicht überzeugt sind, eine sicherheitsbewusste, führungsstarke Alternative bietet.

Im parlamentarischen System Israels wird niemand Premierminister, der die meisten Stimmen erhält. Die Macht geht an denjenigen, der eine Koalition zusammenstellen kann, die mindestens 61 der 120 Sitze in der Knesset hat.

Die Umfragen vom Januar 2026 deuten auf ein vertrautes Ziel hin: Stillstand. Der Likud bleibt mit etwa 25 Sitzen die größte Partei, doch der Block der Netanjahu-Befürworter kommt nur auf 50-52 Sitze. Der Block der Netanjahu-Gegner liegt auf dem Papier mit 56-58 Sitzen vorn – das sind immer noch keine 61 Sitze und es gibt praktisch keine Aussicht auf blockübergreifende Abspaltungen, da der politische Dogmatismus die Parteien in zwei sich gegenseitig feindlich gesinnte Lager gesperrt hat und Wahlverhandlungen und -verschiebungen jetzt hauptsächlich innerhalb der Blöcke stattfinden, nicht zwischen ihnen.

Deshalb hat sich das Rennen auf drei plausible Premierminister eingeengt – Netanjahu, Lapid und Bennett – und deshalb könnte bei einem Patt Netanjahu auch nach den Wahlen im Amt bleiben und eine Interimsregierung durch mehrere Wahlgänge führen, bis eine Seite einen Weg zum Durchbruch findet.

Lapid bleibt der beständigste institutionelle Herausforderer der Opposition, aber die eigentliche Überraschung ist das Comeback von Bennett: Seine neue Liste (Bennett 2026) kommt auf rund 21 Sitze und ist damit die stärkste Oppositionskraft und der wichtigste Joker bei den Wahlen. Aber ein Teil dieser Unterstützung könnte eher von unentschlossenen Wählern „geparkt“ werden als von einem stabilen Block – was bedeutet, dass diese Zahlen schrumpfen könnten, je näher der Oktober rückt. Entscheidend ist, dass Bennetts Weg, tatsächlich Premierminister zu werden, durch die Koalitionsarithmetik begrenzt ist: Eine von Bennett geführte Regierung ist nur mit einer Form der Partnerschaft mit arabischen Parteien möglich – entweder mit arabischen Parteien innerhalb der Koalition oder mit externer Unterstützung.

Obwohl er das letzte Mal mit Ra’am regiert hat, sagt Bennett jetzt, dass er nicht mit arabischer Unterstützung regieren wird, und wichtige Partner ziehen ähnliche rote Linien – Lieberman zum Beispiel lehnt eine Zusammenarbeit mit „nicht-zionistischen“ arabischen Parteien ab. Selbst wenn Persönlichkeiten wie Eisenkot

und Golan prinzipiell offener sind, reicht das immer noch nicht aus, um eine tragfähige Mehrheit zu erreichen, so dass Bennetts Weg zum Ministerpräsidenten gegen eine Wand läuft. Nach dem 7. Oktober hat sich ein großer Teil der jüdischen Öffentlichkeit gegen die formale Abhängigkeit von den arabischen Parteien gesträubt, so dass diese zwar zahlenmäßig eine wichtige Rolle spielen, aber politisch giftig sind – und das Land wieder einmal in einer Patt-Situation gefangen ist, die den Amtsinhaber belohnt.

Abgesehen von Persönlichkeiten und Blöcken wird die Abstimmung von mehreren Kernthemen abhängen: Sicherheit und Rechenschaftspflicht (die Zukunft des Gazastreifens und die Frage, ob eine ernsthafte, unabhängige Untersuchung des 7. Oktobers eingeleitet werden soll); Demokratie und Korruption (die Bestrebungen der Koalition, den Obersten Gerichtshof einzuschränken und die Aufsicht zu schwächen, stehen einer Opposition gegenüber, die sich für richterliche Kontrolle und eine freie Presse einsetzt); Lastenteilung (Beendigung der Befreiung der Haredi vom Wehrdienst); und wirtschaftlicher Aufschwung (steigende Lebenshaltungskosten, der Wiederaufbau im Süden und Norden Israels und die durch den anhaltenden Krieg strapazierten Haushalte).

In der Außenpolitik würde ein Regierungswechsel wahrscheinlich eher einen Wechsel des Stils als der Strategie mit sich bringen. Bei den zentralen sicherheitspolitischen Themen – Hamas, Iran, Hisbollah und die US-Allianz – besteht bei den meisten zionistischen Parteien eine weitgehende Kontinuität. Die wichtigsten Veränderungen würden sich wahrscheinlich in zwei Bereichen ergeben: Die Politik für das Westjordanland mit weniger annektatorischen Signalen und einem langsameren Siedlungsaufbau, wenn Smotrich und Ben-Gvir an Einfluss verlieren, und die regionale Diplomatie mit einem pragmatischeren Engagement gegenüber den arabischen Partnern, Washington und Europa – insbesondere bei der Gestaltung des „Tages danach“ in Gaza.

Jan Kapusniak ist ein Autor und politischer Analyst, der in Tel Aviv lebt und über Israel und den Nahen Osten schreibt